

Dr. Stephan Eisel

An der Vogelweide 11

53229 Bonn

stephan.eisel@gmx.net

(21. September 2011)

Schwarz-grüne Ratsmehrheit in Bonn bekennt sich endlich zum Festspielhaus

Erstmals haben sich jetzt CDU und GRÜNE gemeinsam dafür ausgesprochen, dass Bonn endlich einen vernünftigen Konzertsaal („Festspielhaus“) bekommt. Nachdem sich SPD und FDP bereits ähnlich festgelegt haben, könnte das der Durchbruch sein. Nötig sind jetzt konkrete Entscheidungen des Rates. Lesen Sie hier die vollständige gemeinsame Erklärung der schwarz-grünen Ratsmehrheit vom 20. September 2011 und was ich davon halte:

Erklärung von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum Festspielhaus (20.9.2011)

„Für Bonn als Beethovenstadt und Wirtschaftsstandort ist ein akustisch höchsten Ansprüchen genügender Konzertsaal (Festspielhaus) wünschenswert, um sich national und international als Musikstadt zu positionieren und die damit verbundenen wirtschaftlichen Chancen zu nutzen. In Verantwortung für die kulturelle und wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer Stadt setzen wir uns deshalb für dieses Vorhaben ein.“

Dieses klare Bekenntnis zu einem „akustisch höchsten Ansprüchen genügender Konzertsaal (Festspielhaus)“ ist sehr bemerkenswert und positiv. Bisher haben die Grünen das Vorhaben eher abgelehnt, in der CDU-Ratsfraktion waren die Meinungen geteilt.

Erklärung von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum Festspielhaus (20.9.2011)

„Um seriös zu handeln und auf solider Basis über das weitere Vorgehen entscheiden zu können, muss schnellstmöglich geklärt werden, welcher Standort und damit zusammenhängend welche Projektkonzeption (Neubau oder Bauen im Bestand) in Betracht kommt und welche Rahmenbedingungen aus Sicht des Rates erfüllt sein müssen, damit das Projekt Festspielhaus realisiert werden kann. Bezüglich der Standortfrage orientieren wir uns an dem Machbaren und finanziell Verantwortbarem. Grundsätzlich kommt für uns sowohl ein Neubau im Umfeld des Post-Towers als auch eine Optimierung der Beethovenhalle in Betracht. Aus unserer Sicht ist es erforderlich, vor einer weiteren Konkretisierung des Projektes zunächst die Standortfrage zu klären.“

In der Tat müssen endlich alle notwendigen Informationen auf den Tisch. Dazu gehört auch, dass für eine „Optimierung der Beethovenhalle“ (Bauen im Bestand) die vom Bundestag beschlossenen 39 Mio Euro für den Betrieb nicht zur Verfügung stehen. Der Bund darf schon nach dem Grundgesetz kommunale Einrichtungen wie die Beethovenhalle nicht finanzieren. Wenn man auf dieses Geld nicht verzichten will, bleibt nur ein Neubau statt der Beethovenhalle am gleichen Standort oder zusätzlich zur Beethovenhalle in der Rheinaue. Vor dieser Entscheidung kann sich niemand drücken.

Meines Erachtens kann sich die Stadt die Beethovenhalle zusätzlich zu einem Festspielhaus nicht leisten: Für die alte Mehrzweckhalle

- **gibt es praktisch keinen Bedarf. Ohne Konzerte liegt die Hallenauslastung bei weniger als 15 %.**

- müssen jährlich 1,5 Millionen Euro an Unterhaltskosten aufgebracht werden.
- wird nach neuen Presseberichten von der Verwaltung ein baulicher Sanierungsbedarf von 30-35 Millionen Euro veranschlagt.

Erklärung von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum Festspielhaus (20.9.2011)

„Bezüglich der Rahmenbedingungen müssen aus unserer Sicht die folgenden Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Keine Beteiligung der Stadt an den Investitionskosten mit Ausnahme städtebaulicher Begleitmaßnahmen im Projektumfeld, sofern diese weitestgehend durch Städtebaufördermittel refinanziert werden können.

2. Begrenzung der finanziellen Beiträge der Stadt für den Betrieb auf ein verantwortbares Maß, das sich an den durch die mittelfristige Finanzplanung vorgegebenen Handlungsspielraum orientiert.

3. Einbettung des Projektes in ein gesamtstädtisches Kulturkonzept unter Einbindung aller Akteure, die einen Beitrag zur nationalen und internationalen Positionierung von Bonn als Musikstadt leisten können.

Auf der Basis dieser Rahmenbedingungen sowie unter Berücksichtigung der von den verschiedenen Projektbeteiligten zum heutigen Stand für Bau und Betrieb noch zu erwartenden Finanzierungsbeiträge muss die Frage der finanziellen Machbarkeit des Projektes überprüft werden.“

Dies sind vernünftige Rahmenbedingungen und die damit verbundenen Hausaufgaben müssen Rat und Verwaltung endlich in Angriff nehmen. Es sind jetzt seit dem Bundestagsbeschluss schon vier Jahre ungenutzt verstrichen. Der Rat hat die Untätigkeit der Stadtspitze zu lange tatenlos mit angesehen.

Erklärung von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum Festspielhaus (20.9.2011)

„Bevor der Rat die für die Umsetzung des Projektes Festspielhaus notwendigen Beschlüsse fassen und einen verbindlichen Zeitplan festlegen kann, müssen zunächst folgende Fragen geklärt sein:

1. Sind die privaten Geldgeber überhaupt bereit, einen Neubau im Umfeld des Post-Towers als alternativen Standort zur Beethovenhalle zu akzeptieren?

2. Ist die Finanzierung der Investitionskosten für einen Neubau aus privaten Mitteln zum heutigen Stand noch gesichert?“

Hier beißt sich die Katze etwas in den Schwanz, denn ebenso gilt: Bevor die Investoren sich weiter engagieren wollen sie endlich wissen, ob Rat und Oberbürgermeister endlich unzweideutig Ja zu dem Projekt sagen. Gefragt ist jetzt politische Führung.

Erklärung von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum Festspielhaus (20.9.2011)

„Wir erwarten von der Verwaltung, dass diese Fragen bis spätestens zur Ratssitzung am 24.11.2011 geklärt sind, damit der Rat in dieser Sitzung auch mit Blick auf den 250. Geburtstag Beethovens eine Grundsatzentscheidung zur weiteren Profilierung der Beethoven-Stadt Bonn fällen kann.“

Endlich wird ein konkreter Entscheidungszeitpunkt festgelegt. Das ist dringend erforderlich, damit das angebotene Engagement und Geld von Bund, Land, Rhein-Sieg-Kreis und Sponsoren endlich abgerufen werden kann.